Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 44. Abendblatt. Montag, den 27. Januar 1868.

## Deutschland.

**Berlin,** 26. Januar. Eine telegraphische Depesche der „W.-Z." meldet von Berlin, 24. Januar: Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte einstimmig die Anbahnung einer durchgreifenden Verminderung der Beamten, ein Pensionsgesetz und ein gerechtes, jede Willkür ausschließendes Disziplinargesetz als unerläßliche Voraussetzung einer systematischen Erhöhung der Beamten-Besoldung.

— Das linke Centrum soll ein Amendement wegen des hannoverschen Provinzialfonds vorbereiten, das, ähnlich wie das von den Konservativen eingebrachte, auf ein Pauschquantum für dieses Jahr gerichtet wäre. — Für den Bonin'schen Antrag wegen der Stellvertretungskosten wird wahrscheinlich auch ein namhafter Theil der Konservativen stimmen.

— Die Oberin von Bethanien, Gräfin zu Stolberg-Wernigerode, ist mit zwei Diakonissen nach dem Städtchen Rhein in Ostpreußen gereist, wo bekanntlich der Typhus ausgebrochen ist.

— Die Ultramontanen beabsichtigen, wie die „Post" berichtet, hier in Berlin ein täglich erscheinendes großes Journal herauszugeben.

**Berlin,** 25. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 36. Sitzung. Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch Graf v. Itzenplitz und die Kommissarien Lehnerdt und Knerk. — Der Antrag Kosch, betreffend die Ausdehnung der Darlehnskassen in Ostpreußen auf Darlehne an Handwerker 2c., wird zur Schlußberathung gestellt. — Ein vom Abg. Haenel eingegangener Antrag, betreffend den Erlaß einer Städte-Ordnung für Schleswig-Holstein, wird der Gemeinde-Kommission überwiesen. — Eine Petition, betreffend die Zulassung des Austritts aus der jüdischen Glaubensgenossenschaft, wird zur nochmaligen Berathung an die Petitions-Kommission zurückgewiesen. — Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich habe dem Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung und Ablösung der in den neuen Provinzen noch bestehenden Zwangs- und Bannrechte, vorzulegen. Das Gesetz erstreckt sich hauptsächlich auf Hannover, Hessen und Nassau, und muß nothwendig noch in dieser Session erledigt werden, da es die Vorarbeit bildet für eine neue Gewerbeordnung, welche, wie dem hohen Hause bekannt sein wird, dem nächsten Reichstage vorgelegt werden soll, und die auch, so viel mir bekannt ist, schon ziemlich fertig ist. — Abg. v. Hennig macht darauf aufmerksam, daß in den Kommissionen für Finanzen und Zölle und Handel und Gewerbe mehrere hervorragende Mitglieder der neuen Provinzen seien, u. A. die Abgg. Braun, v. Bennigsen, v. Scheel-Plessen, Grumbrecht; er beantragt Ueberweisung des Entwurfs an diese beiden vereinigten Kommissionen. Das Haus nimmt den Antrag an. — Der Handelsminister: Ich habe sodann ein zweites Gesetz vorzulegen, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Posen nach Thorn mit einer Abzweigung nach Bromberg; dieselbe wird in dem Eisenbahnnetz, welches Kraft der Beschlüsse des Hauses hoffentlich bald zu Stande kommen wird, die Lücke ausfüllen, welche, ich möchte sagen, zwischen Wilna und Leipzig noch existirt, und erfolgt durch dies Gesetz die Zinsgarantieübernahme für die oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft, die den Bau dieser Bahn übernommen hat.

Das Gesetz wird ebenfalls den vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle überwiesen. — Die Vorberathung des Etats des Kultus-Ministeriums war stehen geblieben bei dem Abschnitt Unterrichtswesen. — Abg. Bieck sucht die Vorwürfe zu widerlegen, die in der gestrigen Debatte gegen die Verwaltung der Volksschulen von Seiten des Unterrichtsministers besonders vom Abg. Harkort gemacht worden, und weist besonders die Behauptung zurück, daß für das Militär so viel unnütz ausgegeben werde, daß für die Volksschulen nichts übrig bleibe. Redner wünscht im Gegensatz zu mehreren Vorrednern keine Trennung der Schule von der Kirche, sondern eine innige Verbindung derselben; es sei gerade nothwendig, zu Seminar-Direktoren Theologen zu berufen, um die Seminarien in innigster Verbindung mit der Kirche zu erhalten. Die Regulative seien sehr zweckmäßig; es sei unwahr, daß die Seminarien und Volksschulen dadurch zurückgegangen wären; im Gegentheil ständen sie glänzender da, denn je, gerade durch den günstigen Einfluß der Regulative. Redner wünscht sodann, daß das Herrenhaus das Schuldotationsgesetz recht schnell erledigen möge, damit es noch vom Abgeordnetenhause berathen werden könne. Die Fetzsetzung eines Minimalgehalts dabei genügt jedoch nicht. Den Appell um Aufbesserung der Gehälter der Lehrer möge man übrigens nicht immer an das Staatsministerium, sondern vielmehr an die Gemeinden richten, die in erster Linie zum Unterhalt der Schulen und Lehrer verpflichtet sind. (Beifall rechts.)

Abg v. Vincke-Olbendorf bedauert, daß mit so vieler Uebertreibung die Schäden des Schulwesens aufgedeckt worden seien; der Bildungszustand in Preußen und speziell das Elementarschulwesen ständen trotzdem auf einem so glänzenden Standpunkte, wie in keinem andern Lande. Redner wendet sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Schlichting und meint, daß diese wohl kaum auf eigener Anschauung von der Sache beruhen könnten. — Abg. v. Vincke-Minden: Die Uebertreibungen des Abg. Harkort können nur die Lehrer unzufrieden machen und unser Land in den Augen des Auslandes herabsetzen. Gerade die Angaben, die er nach statistischen Ermittelungen uns gemacht, sind weder gut gewählt, noch richtig beleuchtet. (Redner führt gleichfalls statistische Zahlen vor, die zu ganz anderen Resultaten führen.) Allerdings von dem jetzt im andern Hause vorgelegten Schulgesetz erwarte ich nicht das Allergeringste; ich glaube nicht, daß, so lange wir überhaupt Landtage in Preußen haben, je ein so schlechtes Gesetz vorgelegt worden ist. (Bravo.) Und Niemand ist eigentlich recht damit einverstanden; so oft man mit Räthen aus dem Kultusministerium spricht, Jedermann sagt: Bewahre! ich kann nichts dafür! (Heiterkeit.) — Wir können noch immer Anspruch machen auf den Ruhm des Staates der Intelligenz. Aber die Zustände des eigenen Vaterlandes so schwarz zu malen, wie der Abg. Harkort es thut, in einem Augenblicke, wo wir vor Europa gleichsam auf dem Präsentirteller stehen, m. H., das ist nicht wohlgethan. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Regierungs-Kommissar Lehnerdt: Die Abg. Bieck und v. Vincke haben die Angriffe des Abg. Harkort so schlagend zurückgewiesen, daß ich darauf nicht mehr einzugehen brauche. Dem Abg. Schlichting ist jedenfalls die Anwendung der Regulative nicht bekannt, und ich möchte daran erinnern: durch die Regulative ist man im Jahre 1866 auf den Standpunkt gebracht, daß laut verkündet worden ist, nicht bloß die Zündnadel, auch die Schule habe diese Schlachten geschlagen, die regulativmäßige Elementarschule, die ihre Blüthe der Grundlage dankt, auf der sie steht. Ob die Erfolge unserer katholischen Volksschulen, bei denen die Regulative nicht eingeführt sind, größer sind, als die der evangelischen, lasse ich dahingestellt sein. — Der Hr. Abg. v. Vincke hätte sich wohl seiner etwas voreiligen Kritik über das noch nicht eingebrachte Gesetz enthalten können. Sie werden von mir keine eingehende Erwiderung erwarten; doch bemerke ich, daß ich wenigstens nicht zu den Räthen gehöre, die die Ehre gehabt haben, von ihm über dies Gesetz befragt zu werden; ich habe ihm daher auch keine Antwort ertheilt und würde jedenfalls, wenn ich ihm eine ertheilt hätte, von ihm die Diskretion erwartet haben, daß er dieselbe hier nicht mittheilte. — Die Diskussion wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen. — Abg. Harkort bedauert, daß ihm durch den Schluß der Diskussion die Gelegenheit entzogen sei, auf die Angriffe Bieck's und v. Vincke's zu antworten. — Vor der Abstimmung erklärt Abg. Bieck Namens der Kommissarien des Hauses, daß sie ihren ersten Antrag, betreffend die Erhöhung des Dispositionsfonds, zurückziehen, dagegen den zweiten in folgender amendirter Form aufrecht erhalten: „die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß auch denjenigen militärpflichtigen Elementarlehrern und Schulamtskandidaten, welche nicht auf einem Schullehrer-Seminar ihre Vorbildung erhalten haben, die Vergünstigung einer nur sechswöchentlichen Dienstzeit gewährt werde.

Nachdem dieser Antrag mit großer Majorität angenommen worden, wird die Spezialdebatte über den Antrag der Abgg. Bieck, Polanski und Wantrup eröffnet: die Regierung aufzufordern, zur Verbesserung des Gehalts der Elementarlehrer, sowie zur Errichtung neuer Schulsysteme — so weit dies nicht durch die zunächst dazu verpflichteten Gemeinden geschehen kann — eine größere Summe auf den Etat zu bringen. — Der Antrag wird in der hierauf folgenden Abstimmung mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu Tit. 29 (Kunstmuseen zu Berlin) ist vom Abg. Twesten folgender Antrag gestellt: In Wiederholung des Beschlusses vom 7. Dezember 1866 die Regierung aufzufordern, die Bestimmung über Neu-Ankäufe für die Kunstmuseen innerhalb der dazu bestimmten Summen, sowie die Anordnung und Ueberwachung von Restaurationen der vorhandenen Kunstwerke und die Entscheidung über die Aufstellung der Kunstwerke einer nach Mehrheit der Stimmen beschließenden Kommission von Sachverständigen zu übertragen. — Abg. Twesten: Ich bin zu meinem Antrage einerseits veranlaßt worden durch ein großes beklagenswerthes Unglück, daß unser Museum betroffen hat, andererseits durch die Stellung, die der Herr Kultusminister zu der in meinem Antrage berührten Frage einnimmt. Derselbe stimmt in der Tendenz mit mir überein. Nach seinem Vorschlage würde dem Abtheilungsdirektor, gegenüber dem Generaldirektor, der unmöglich in sämmtlichen Fächern ein Sachverständiger sein kann, nur ein Veto zustehen. In dem alten Statut ist gleichzeitig ausgesprochen, daß als Kern des Museums immer die Gemälde- und Skulpturensammlung zu betrachten ist. Statt dessen ist unter der jetzigen Verwaltung in letzterer Zeit eine Menge von Glassachen, Majoliken, Chinesen, Lappländern und eine mexikanische Sammlung von sehr zweifelhaftem Werthe erworben worden, die mit der erwähnten Bestimmung in grellem Widerspruch steht. Dabei sind die gezahlten Preise nach dem Urtheile Sachverständiger unverhältnißmäßig hoch. Bei allen diesen Anschaffungen ist der Direktor der Gemäldeabtheilung nicht zugezogen worden, sondern dieselben fallen nur dem genannten Herrn General-Direktor zur Last. Nicht viel geringer als diese Begehungssünden sind die Unterlassungssünden, die durch Nichtbenutzung der Gelegenheit zum Ankauf vorzüglicher Kunstwerke begang worden sind, und was die Verwaltung betrifft, so ist man — wie ich glaube — im Kultusministerium selbst nicht sehr zufrieden mit dem geschäftlichen System des Herrn v. Olfers, unbequeme Sachen durch Liegenlassen zu erledigen. Aber nicht genug damit, daß man die jährlich für die Museen ausgesetzten Summen schlecht verwendet, oder richtiger gesagt, vergeudet hat, selbst die vorhandenen Kunstschätze sind in der beklagenswerthesten Weise zerstört worden. Ich meine die Restauration des herrlichen Gemäldes von Andrea del Sartow. In Abwesenheit des Direktors Waagen haben die Herren v. Olfers und Hotho dieselbe ohne weitere Aufsicht einem Herrn Stübbe übertragen, der ohne künstlerische Ausbildung in dem Rufe stand, kleinere Restaurationen geschickt auszuführen. Herr v. Olfers und seine Freunde suchten sich nach geschehenem Unglück durch verschiedene Darstellung der Thatsachen zu rechtfertigen. Man behauptete, das Bild sei bereits früher restaurirt und übermalt gewesen, und es sei deshalb kein großer Verlust, wenn an die Stelle der einen Uebermalung eine andere trete. Alle Kunstkenner stimmen darin überein, daß das Gemälde in einem vortrefflichen Zustende war. Beim Ankauf zeigten sich kleine Restaurationen, die aber das Wesen des Bildes nicht berührten, und der berühmte damalige Restaurator Schlesinger sprach sich entschieden dagegen aus, dieselben zu entfernen, weil sie mit dem Bilde innig verwachsen waren. Das Kunstwerk wurde bis in die letzte Zeit allgemein bewundert und hatte einen um so höheren Werth, als in Deutschland kein zweites des genannten Meisters existirt, welches sich mit dieser Perle unseres Museums vergleichen ließ. Das Bild wurde damals für 65,000 Francs angekauft und repräsentirte jetzt nach dem Ausspruch von Sachverständigen einen Werth von 60 bis 80,000 Thlrn. Es hatten sich einige Farbetheile von der Holzfläche gehoben und es war nur nöthig, diese wieder niederzulegen. Statt dessen hat man das Bild mit scharfen Mitteln abgewaschen, so daß es jetzt aussieht — doch man muß es selbst sehen: diese Glotzaugen der heiligen Julia, das grelle, feuerfarbene Kleid der heiligen Katharina; man wird es unmöglich glauben, daß man ein Werk jenes Meisters vor sich hat, dessen Harmonie in den Farbentönen jeder Laie kennt. Ein ähnliches Verfahren hat man bereits an einem Rembrandt (Nr. 123) angewendet. Bereits ehe die Zeitungen sich des Stoffs bemächtigten, war man von Seiten der Akademie der Künste wegen eines solchen Skandals beim Kultus-Ministerium vorstellig geworden, und es liegt eine solche Petition der namhaftesten Künstler vor, die bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die Kunst gegen derartige unersetzliche Verluste in Zukunft geschützt werde. Ich habe hier zwei Zuschriften der Herren v. Heyden und Oskar Begas zur Hand, die übereinstimmend behaupteten, daß das Bild vortrefflich erhalten und kein Grund vorhanden war, die Fläche desselben mit Farben zu berühren. Man hätte sich darauf beschränken müssen, die lose gewerdenen Stellen zu fixiren, denn eine Uebermalung selbst von Künstlerhand, sei hier einer Zerstörung gleich gewesen. Jetzt sei dem bloßen Anblick gegenüber jede Entschuldigung unmöglich. Restauratoren, wie Schlesinger war, existiren vielleicht zwei bis drei; statt einen solchen kommen zu lassen, überträgt man die Arbeit einem Manne, der nicht die geringste Garantie für das Gelingen leistet. Das einzige Mittel, das uns gegen ein solches Verfahren in Zukunft sichert, bietet die von mir beantragte Kommission. Ich hoffe, daß die Regierung sich meinem Antrage gegenüber nicht ablehnend verhalten, und auf Seite der Schuldigen stellen wird. Es würde uns nur ein Mittel übrig bleiben, welches früher in einem ähnlichen Falle in München mit Erfolg angewendet wurde, nämlich die Mittel zu verweigern, wenn uns nicht ausreichende Garantie für die geeignete Verwendung derselben gegeben wird. Wie ich höre, beschäftigt sich Herr v. Olfers auch mit dem Umbau des Museums, er will eine Reihe kleinerer Räume zu großen Sälen vereinigen und das Seitenlicht durch Oberlicht ersetzen. Es ist dies auch ein Eingriff in den einheitlichen Plan Schinkels. Letzterer würde auch wohl Räume mit Oberlicht haben herstellen können, aber dann wahrscheinlich nicht die jetzige Façade gewählt haben. Es wird durch einen solchen Eingriff die ganze leitende Idee in dem Kunstwerke des Baus zerstört, ganz abgesehen davon, daß wir nicht im Besitz so großer Bilder sind, die eine Anschauung aus der Entfernung nothwendig machen, und daß grade die kleinen Zimmer durch die größere Zahl von Bildwänden Raum gewähren, die Gemälde aus der Nähe betrachten zu können. Eben so wenig Rücksicht auf den Plan des Erbauers nimmt man auch bei Aufstellung der Kunstwerke. Kann es etwas Geschmackloseres geben, als in der Mitte der schönen Rotunde, umgeben von den alten weißen Marmorstatuen, die ciselirte Statue Friedrich Wilhelms III.? Jeder Fremde, der den herrlichen Raum betritt, wird ein Lächeln darüber eben so wenig unterdrücken können, wie über die zu beiden Seiten aufgestellten großen, granitnen Badewannen. Diese Mängel lassen sich indessen beseitigen, während der beabsichtigte Umbau eine fundamentale Zerstörung sein würde. Der Plan dazu müßte uns auch erst vorgelegt werden, denn da eine solche Veränderung beträchtliche Mittel beanspruchen würde, so wird die Regierung uns hoffentlich rechtzeitig davon Mittheilung machen und sich nicht begnügen, unsere nachträgliche Genehmigung nachzusuchen. Nach alledem hoffe ich, daß Sie meinem Antrage zustimmen und durch Ihren Beschuß das Kunstinstitut gegen seine jetzige Verwaltung schützen werden. (Lebhafter Beifall.)

Regierungs-Kommissar Lehnerdt: Sie werden nicht erwarten, daß ich die Vertheidigung der Verwaltung auf einem Gebiete übernehme, auf dem ich mich nicht für kompetent erachte. Ich bedaure, daß nicht die Möglichkeit gegeben ist, den so hart Angeklagten unmittelbar vor dem Hause sich vernehmen zu lassen (Sensation links). Wenn der Abg. Twesten erwartet, die Staatsregierung werde sich nicht auf die Seite des Schuldigen stellen, so bemerke ich, daß ihr bis jetzt ein Schuldiger noch nicht bekannt ist, sondern daß es sich bisher nur um einen Ankläger und einen Angeklagten handelt. Sie wird Beide hören und wie die Entscheidung ausfallen wird, kann natürlich noch nicht gesagt werden. Der Bericht darüber ist eingefordert und eingegangen und liegt gegenwärtig zur Entscheidung vor. Was den Antrag betrifft, so hat Se. Majestät der König selbst befohlen, eine solche Kommission wieder herzustellen; in diesem Sinne war ein neues Statut entworfen und der Allerhöchsten Genehmigung unterbreitet worden, wurde aber wieder zurückgeschickt und die Aufnahme mehr einschränkender Bestimmungen in dasselbe verlangt. — Was den projektirten Umbau des alten Museums zur Herstellung fünf großer Säle mit Oberlicht betrifft, so ist es richtig, daß von dem Baumeister ein ähnlicher Vorschlag gemacht ist, da das Seitenlicht durch den Anbau des neuen Museums bedeutend verschlechtert worden ist. Es ist zur Prüfung dieses Planes eine Kommission, bestehend aus dem Baumeister Erbkamm und dem Oberbaurath Strack, niedergesetzt worden, außerdem soll der Professor Eduard Magnus zugezogen werden, ferner die beiden Herren Professor Eybel und Schrader. Diese Namen werden genügen, um zu bekunden, daß es der Regierung ernst damit ist, ein sachkundiges Urtheil zu erlangen. Ich will mich daher nach Allem nicht gegen den Antrag erklären, wenn ich auch nicht beauftragt bin, ihn zu acceptiren; doch scheint mir derselbe mit Recht darauf das Hauptgewicht zu legen, worauf das Hauptgewicht gelegt werden muß, daß nämlich die Stimmen der Sachverständigen das Uebergewicht haben müssen. Und jedenfalls wird der eben gehörte Vortrag zur Kenntniß des Herrn Ministers und Sr. Majestät des Königs gelangen. (Beifall rechts.) — Der Antrag Twesten wird fast einstimmig angenommen, dagen nur einzelne Konservative, u. A. Abg. Heise.

(Schluß folgt im Morgenblatte.)

**Neu-Strelitz,** 25. Januar. Die Aktienzeichnung für die Berlin-Neubrandenburger Eisenbahn, mit welcher in voriger Woche der Anfang gemacht wurde, hat bisher schon sehr erfreuliche Resultate geliefert.

**Schwerin,** 25. Januar. Die Nachricht des „Rostocker Tageblattes", es sei eine Militär-Konvention zwischen Mecklenburg und Preußen abgeschlossen, durch welche die Kosten für das Militär verringert worden und den hiesigen Offizieren das Avancement durch die ganze norddeutsche Armee erschlossen sei, ist nach den „Mecklenburger Anzeigen" unbegründet. Eine Militär-Konvention ist sicherem Vernehmen nach nicht abgeschlossen, auch tritt für Mecklenburg keinerlei Verminderung der bundesverfassungsmäßig festgestellten Zahlungen für das Bundesheer ein. Dagegen soll künftig eine Erleichterung des Uebertritts höherer Offiziere aus Mecklenburg nach Preußen und umgekehrt, unter Einwilligung der Betheiligten, stattfinden, und ist ein solcher Wechsel zweier Staabsoffiziere schon in nächster Zeit zu erwarten.

**Dresden,** 25. Januar. Die Abgeordnetenkammer beendigte heute die Berathung des neuen Steuergesetzes und nahm dasselbe bei der Schlußabstimmung mit den beschlossenen Abänderungen, denen auch die Regierung fast durchgängig zustimmte, einstimmig an.

**Stuttgart,** 25. Januar. In der heutigen Abendsitzung wurde die Berathung des Wehrgesetzes vollendet, doch ist ein endgültiges Resultat noch nicht erzielt, da dem Antrag Kamp's gemäß die Präsenzfrage der Kommission zur nochmaligen Berichterstattung überwiesen worden ist. — Montag wird der Gesetzentwurf, betreffend die Wahlen zum Zollparlament, auf die Tagesordnung gesetzt werden.

**München,** 25. Januar. Der Wehrgesetz-Ausschuß des Reichsraths beantragt, in allen noch obwaltenden Differenzpunkten hinsichtlich des Wehrgesetzes dem Abgeordnetenhause beizustimmen. Der Kriegsminister will die vierjährige Dienstzeit für die Kavallerie für jetzt nicht als eine Prinzipienfrage auffassen. — Der baierische Gesandte in St. Petersburg, Graf v. Taufkirchen, hat die ihm angetragene Kandidatur zum Zollparlament abgelehnt.

## Ausland.

**Wien,** 25. Januar. Der ungarischen Deputation ist heute das Reichsbudget vom Reichsminister übergeben worden.

**Wien,** 26. Januar. Die offizielle „Wiener Zeitung" bestätigt, daß durch Ministerialerlaß die bisherigen Beschränkungen der Juden bei Erwerb von Liegenschaften in Galizien und der Bukovina, als durch Staatsgrundgesetz aufgehoben, in Wegfall gekommen sind. — Die „Debatte" meldet, daß der Papst bezüglich des mit Oesterreich bestehenden Konkordats eine Allokution zur Veröffentlichung vorbereite.

**Triest,** 25. Januar. Der österreichische Lloyd-Dampfer „Trebisonda", welcher am 18. d. M. von Konstantinopel abgegangen war, ist heute 5 Uhr Abends hier eingelaufen.

**Haag,** 25. Januar. Die Resultate der Neuwahlen sind jetzt aus sämmtlichen Distrikten, einen einzigen ausgenommen, bekannt. Von den neu gewählten Mitgliedern der zweiten Kammer gehören 31 der konservativen, 31 der liberalen Partei an, bei zehn Wahlen ist kein definitives Resultat erzielt worden und wird deshalb das Loos zu entscheiden haben.

**Brüssel,** 25. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkamer sprach sich der Minister des Innern Pirmez für die Aufrechterhaltung des Gesetzes von 1842 aus, welches die Mitwirkung des katholischen Klerus kraft der geistlichen Autorität desselben bei den Elementarschulen sanktionirt.

**Wien,** 23. Januar. Der „Volksfreund" schreibt: „Gegenüber den verschiedenen Angaben über die Sendung des Erzbischofes Haynald nach Rom in Sachen des Konkordats können wir heute auf das Bestimmteste versichern, daß Se. Excellenz nach längeren Verhandlungen nun definitiv jede bezügliche Mission abgelehnt hat. Nach der Auffassung der Angelegenheit von Seite des jetzigen Ministeriums ist, wie wir schon hervorgehoben, jede Verhandlung

mit Rom überhaupt inhalt- und ziellos, und am wenigsten wird ein katholischer Kirchenfürst sich herbeilassen, sie auf sich zu nehmen." Das Schicksal des Konkordats scheint demnach entschieden zu sein.

— Die heutige „Debatte" meldet aus Rom, vom 25. Januar, daß der Papst eine Allokution bezüglich des österreichischen Konkordats vorbereite.

**Paris**, 25. Januar. Der Prozeß gegen die zehn Journale ist heute beendigt worden. Die Angeklagten sind des ihnen zur Last gelegten Vergehens für schuldig erkannt und zu 1000 Fr. Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 6 Monaten Gefängniß, sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt worden.

**Paris**, 25. Januar. General Geneau ist einer Mittheilung „Etendards" zufolge gestorben. — „Patrie" spricht von den Umtrieben, die in Neapel zu Gunsten der Bourbonen ins Werk gesetzt werden und von Rom aus Aufmunterung erhalten. Die italienische Regierung, fügt das Blatt hinzu, hege keinen Zweifel über die Ansichten Frankreichs; sie wisse, daß die Kaiserliche Regierung nicht zaudern würde, in Rom wegen der moralischen Mitwirkung Franz II. Vorstellungen zu erheben. „Patrie" glaubt zu wissen, die französische Regierung habe bereits die römische Kurie in offiziöser Weise auf die Empfindlichkeiten der italienischen Regierung aufmerksam machen lassen und glaubt, die Kurie werde bestrebt sein, die gegenwärtige Lage nicht dadurch zu kompromittiren, daß sie sich dem gleichen Verdachte aussetze.

— Graf Kervéguen hat an mehrere Blätter folgendes Schreiben gerichtet: „Paris, 21. Januar. Herr Redakteur! Ich glaubte, daß der „Siècle" und die „Opinion nationale" den guten Geschmack haben würden, zu schweigen, bis das Urtheil des Ehren-Gerichts gesprochen wäre, oder daß sie doch wenigstens in ihren Berichten eine gewissenhafte Genauigkeit beobachten würden. Im Gegentheil haben sie aber zu wiederholten Malen Zeilen veröffentlicht, welche wie ich glaube, keineswegs dem wirklichen Charakter der Verhandlung entsprechen. Ich könnte als einzige Antwort die Schlußanträge veröffentlichen, welche ich die Ehre hatte, vor der Jury zu stellen. Einstweilen will ich mich aber nur auf die Erklärung beschränken, daß ich mein Recht als Deputirter, so zu handeln, wie ich gehandelt, laut aufrecht erhalten, und daß ich zweitens Thatsachen und Zeugnisse bezeichnet habe, welche das Ehrengericht in die Lage setzen werden, die Wahrheit zu ermitteln."

— Da die neue Anleihe trotz aller bisherigen Zweifel nun doch in Scene gesetzt werden soll, so versteht es sich von selbst, daß die inspirirten Blätter Friedenslieder anstimmen. Das Publikum, das so lange mit Kriegsartikeln gefoltert wurde, merkt freilich sehr stark die Absicht, und seine Verstimmung ist deshalb nicht im Abnehmen. Magne, dessen Eintritt ins Finanzministerium mit einer Anleihe für gleichbedeutend zu gelten pflegt, hat also auch diesmal seinen Ruf bewährt. Das Auftauchen von Gerüchten in Betreff Roms verräth nur das Eine, daß in den Tuilerieen wieder eine jener stillen Schlachten geschlagen wird, über welche erst die nächsten Folgen nähere Anhaltspunkte geben und Rückschlüsse erlauben.

— Die Festungsbauten in Metz werden jetzt bald ihren Anfang nehmen. Drei Unternehmer haben sich gemeldet, aber die Preise, welche dieselben verlangen, sind viel bedeutender, als sie der Voranschlag des Genie aufgestellt hat.

**Marseille.** Innerhalb der Polizeigewalt ist hier ein Konflikt ausgebrochen; die Theatercensur verweigert nämlich einem Stücke, einer sogenannten Revue, die Aufführungserlaubniß, dessen Verfasser die Herren Perricaud und Sicard — zwei Gensd'armen sind.

**Florenz**, 25. Janur. Die Deputirtenkammer hat den Vorschlag Fecraris, das Einnahme-Budget erst nach der Diskussion des Ausgabe-Budgets zu bewilligen, verworfen und darauf das erstere mit 201 gegen 87 Stimmen angenommen. — Die Kammer verwarf einen Vorschlag wegen Abschaffung des Staatsraths. Nachdem mehrere Deputirte über die Repräsentationskosten der Präfekten gesprochen, genehmigte die Kammer die 17 ersten Kapitel des Ausgabebudgets.

— Die Opposition wird in der Deputirtenkammer den Antrag stellen, das Budget nur provisorisch auf zwei Monate zu bewilligen, um dadurch das Ministerium zur Auflösung der Kammer und Vornahme neuer Wahlen zu zwingen.

**London**, 25. Januar. Schönes Wetter. — Die fälligen Posten vom Kontinent sind ausgeblieben. — Der Hamburger Dampfer „Hammonia" ist aus Newyork in Southampton angekommen. — Aus Cardiff, Holyhead und Milford-Hoven wird Sturm gemeldet.

— Die „Pall Mall Gazette" erfährt, daß Frankreich und wahrscheinlich auch Oesterreich in Bukarest statt der bisherigen Generalkonsuln besondere Geschäftsträger anstellen werden. — Die heute Morgen fällige Post vom Kontinent wurde Nachmittag 4 Uhr ausgegeben. — In hiesigen deutschen Kreisen sind Sammlungen zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen angeregt worden. — Aus Devonport wird gemeldet, daß eine von Offizieren und Mannschaften der preußischen Panzer-Fregatte „Friedrich Karl" angestellte Sammlung einen Ertrag von 188 Thlr. 28 Sgr. ergeben hat, welcher sofort dem Vorstande des vaterländischen Frauenvereins für die Nothleidenden in Ostpreußen übermittelt worden ist.

— Der „Expreß" meldet: Das Hamburger Schiff „Leibnitz" erreichte Newyork am 11. Janur. Siebenzig Erwachsene und 35 Kinder starben während der Ueberfahrt an der Cholera, zwei Andere nach Ankunft. An Bord waren 465 Passagiere, wovon 84 Mecklenburger todt sind. Die Ueberlebenden sind wohl.

**London**, 26. Januar. Der heutige „Observer" enthält einen Artikel, welcher sich in folgender Weise über die Alabama-Angelegenheit ausspricht. Er sagt: Dieselbe sei zur Zeit nicht länger ein Gegenstand der Unterhandlung und Besprechung zwischen zwei Regierungen. Lord Stanley verweigere die Annahme einer schiedsrichterlichen Entscheidung über die Gesetzlichkeit oder Ausführbarkeit der Anerkennung der Südstaaten als kriegführende Macht Seitens Englands, und Mr. Seward bestehe darauf, daß diese Frage ebenfalls durch ein zu erwählendes Tribunal erwogen werden solle. Die Korrespondenz über diese Frage sei geschlossen.

**Plymouth**, 26. Januar. Der Dampfer „Douro" bringt die Post aus Westindien, Australien und Neu-Seeland (via Panama).

**Southampton**, 25. Januar. Nach Mittheilungen, welche mit dem am 20. d. Mts. von Gibraltar abgegangenen Dampfer „Nyanza" eingetroffen sind, ist im ganzen nördlichen Afrika in Folge davon, daß der Ertrag der vorigen Ernte unzureichend war, Mangel an Lebensmitteln fühlbar. Tausende, die in Gefahr sind, dem Hungertode anheimzufallen, begeben sich schaarenweise nach Tanger und Tetuan, um Unterstützung zu erhalten. Die britischen und spanischen Konsulate lassen täglich Brod vertheilen. Für das gegenwärtige Jahr sollen sich die Ernteaussichten günstig gestalten.

**Queenstown**, 26. Januar. Der Union-Dampfer „Manhattan" von Newyork ist auf der Fahrt nach Liverpool gestern Abend 7 Uhr hier eingetroffen.

**Kopenhagen**, 25. Januar. Der Folkething hat heute den Traktat über die Abtretung der westindischen Inseln in der Schlußberathung einstimmig angenommen. Die Vorlage geht jetzt an den Landsthing.

**Petersburg**, 25. Januar. Die sämmtlichen hiesigen Zeitungen vom heutigen Tage sprechen sich in energischer Weise für die Aufrechterhaltung des Friedens aus. — Der „Russische Invalide" verlangt von Oesterreich die Gleichstellung der Slaven mit den übrigen Nationalitäten, indem er für diesen Fall die Sympathien Rußlands für Oesterreich in Aussicht stellt.

— Die „Börsenzeitung" fordert die Regierung Rußlands auf, als starke Militärmacht die Initiative für eine allgemeine Entwaffnung zu ergreifen. — Der „Russische Courier" sagt, daß Rußland Niemand anklage und angreife und seinerseits unverdiente Anschuldigungen zurückweise, indem es seine Rechtfertigung durch die Ereignisse abwarte.

**Bukarest**, 25. Januar. In der heutigen Sitzung des Senats wurde der Metropolit und Primas von Rumänien, Niphon, mit 19 gegen 17 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Die Abgeordnetenkammer annullirte in heutiger Sitzung die Wahlen des Generals Floresco und Boliacs.

**St. Thomas**, 13. Januar. Die Erdbeben hatten aufgehört, als der nach England gehende Postdampfer „Douro" die Insel berührte.

**Senafé**, 13. Januar. Die Truppen sind nicht weiter vorgerückt. Vorräthe aller Art werden schleunigst hierher geschafft. — Nach neuesten Mittheilungen befanden sich die Gefangenen bei guter Gesundheit. — Es werden Zweifel dagegen erhoben, daß Gobazyle, welcher den Truppen des Königs Theodorus gegenübersteht, diesen angreifen werde.

**Newyork**, 15. Januar. Nach hier eingegangenen Nachrichte: ist der Ausbruch einer neuen Revolution in Hayti zu erwarten.

**Washington**, 9. Januar. Eine stürmische Scene ereignete sich in der Montagssitzung des Repräsentantenhauses, als das Kongreßmitglied Ward aus Newyork den Brief eines amerikanischen Irländers, Namens Daniel Fitzgerald, verlas, in welchem sich dieser bitter darüber beklagt, bei Gelegenheit eines Besuches seiner Angehörigen in Irland als Fenier von den britischen Behörden verhaftet worden zu sein. Trotzdem er seine Unschuld betheuert und Schutz- und Empfehlungsbriefe an den amerikanischen Minister in London producirt habe, denen aber keine Beachtung Seitens der Magistratsrichter geschenkt worden, sei ihm nach 24stündiger Haft aufgegeben worden, Irland sofort zu verlassen. Ward hielt mit Bezug auf diesen Brief eine donnernde Rede gegen die Willkür Englands, die ihre Wirkung auch nicht verfehlt, denn die Angelegenheit wurde dem Comité für auswärtige Angelegenheiten überwiesen mit der Aufgabe, so schnell wie möglich über die Maßregeln Bericht zu erstatten, die geeignet wären, den britischen Löwen ein wenig zu zähmen.

**Washington**, 14. Januar. Der Senatsbeschluß, welcher Stanton in das Amt des Kriegsministers wieder einsetzt, erfolgte mit einer Majorität von 35 gegen 6 Stimmen.

Das Repräsentantenhaus hat sich mit 116 gegen 39 Stimmen dem Beschlusse des Senats angeschlossen, welcher in allen Fällen, wo der oberste Gerichtshof über die Verfassungswidrigkeit von Kongreßbeschlüssen zu entscheiden hat, eine Majorität von zwei Dritteln der Stimmen erfordert.

Dem Hause ist eine Bill vorgelegt worden, der zufolge es hinfort als ein hohes Staatsvergehen des Präsidenten angesehen werden sollte, falls derselbe die Armee oder Flotte der Vereinigten Staaten dazu verwende, die Anerkennung der Autorität der Civil-Regierungen in den ehemaligen Rebellenstaaten zu erzwingen.

## Pommern.

**Stettin**, 27. Januar. Auf Veranlassung des Comité's „zur Linderung der Noth für Stettin und Umgegend" ist von dem „Verein für die Suppenanstalten" gestern auch auf der Oberwiek im Hause des Herrn Stadtraths Rückforth eine Volksküche in Betrieb gesetzt. Außerdem soll in den nächsten Tagen noch eine derartige größere Anstalt auf dem Münzhofe eröffnet werden und sind auch schon weitere Einrichtungen für den Fall in's Auge gefaßt, daß dem Bedürfniß dann noch nicht ausreichend genügt werden sollte.

— Der Königl. Baumeister Bohl ist zum städtischen Baumeister in Greifswald, der Referendarius Herzbruch zum Gerichtsassessor im Bezirke des hiesigen Appellationsgerichts ernannt worden.

— Ueber die, mehrfach Gegenstand richterlicher Entscheidung gewordene Stellung des Gutsbesitzers zur Schulgemeinde ist neuerdings vom Ober-Tribunal folgender Rechtsgrundsatz angenommen worden: „Der Gutsbesitzer des Schulorts, als solcher, auch wenn er an dem Orte wohnt, steht außerhalb der von den Ortseingepfarrten gebildeten Schulgemeinde, und befindet sich zu dieser im Gegensatz. Er gehört deshalb nicht zu den Hausvätern im Sinne des §. 34. II., 12 A. L.-R. und hat bei Schulbauten nicht mehr zu leisten, als ihm in dem §. 36, II. 12 A. L.-R. aufgelegt ist. (Darnach braucht er zu Schulbauten nur die auf dem Gute gewonnenen Materialien, so weit sie hinreichend vorhanden und zum Bau nothwendig sind, zu verabfolgen.)

— Es ist schon früher erwähnt worden, daß in der Organisation der Flotten-Stammdivision insofern eine Abänderung beabsichtigt werde, als es angemessen erschienen, daß diese Division nicht mehr aus Kompagnien, sondern aus Abtheilungen mit selbstständiger Oekonomie und Rechnungslegung bestehe. Die bezüglichen Anträge der Marine-Verwaltung haben, wie wir hören, jetzt die Königliche Genehmigung erhalten. — Ferner ist in Marine-Angelegenheiten Allerhöchsten Orts bestimmt worden, daß die Beförderung zu Lieutenants zur See eine fünfjährige Fahrzeit und der Uebertritt von Seeleuten aus der Handelsmarine in die Kriegsmarine eine Fahrzeit von 36 Monaten voraussetzen soll. Die Bedingung einer einjährigen Fahrzeit als Matrosen zweiter Klasse soll für die Beförderung zu Matrosen erster Klasse fernerhin nicht erforderlich sein. Auch kann bei der Beförderung zu Matrosen zweiter Kasse über den mangelnden Nachweis einer vierjährigen Fahrzeit hinweggesehen werden, wenn der Betreffende von seinem Schiffskommandanten das Certifikat eines vollbefahrenen Matrosen aufzeigen kann.

— Vorgestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr entstand in dem Hause des Maurermeisters Büttner, Grünhof, Grenzstraße Nr. 2 ein Schornsteinbrand, der indessen sofort ohne Mitwirkung der Feuerwehr gedämpft wurde.

— Gestohlen wurde u. A. vorgestern aus einer Wohnung Wilhelmstraße Nr. 15 eine silberne Spindeluhr und aus dem Hause Breitestraße Nr. 55 vor mehreren Tagen verschiedene Wäsche, darunter einige theils „M. S." theils „H. S." gezeichnete Frauenhemden.

— In den Anlagen vor dem Berliner Thore wurde gestern die Leiche des Brigadeschreibers B., der seit Sonnabend vermißt war, gefunden. Ein Schuß aus einem Doppelterzerol in das Herz hatte dem Leben des B. ein Ende gemacht. Das Motiv des Selbstmordes ist noch nicht vollständig aufgeklärt. Außer der Waffe fand man neben der Leiche noch einen Vorrath an Pulver und Zündhütchen.

— Am Sonnabend sind in den verschiedenen älteren Volksküchen 2380, gestern dagegen — inkl. in der neuen Küche auf der Oberwiek — 2528, und zwar in letzterer 220, auf der Lastadie 690, Grünhof 284, Torney 134, Bredow 306, Bredower Antheil 431, Grabow 300, Züllchow 163 Portionen verabreicht worden.

— Morgen am Dienstag den 28. Januar findet im Stadttheater das Benefiz für Fräulein Natalie Hahn statt. Die Künstlerin hat sich zu demselben Offenbach's komische Oper: „Die schöne Helena" gewählt, in welcher sie so oft und mit so glänzendem Erfolge aufgetreten ist. Möge das Publikum, welches so oft durch ihre Leistungen entzückt ist, nun auch der Künstlerin seinen Dank durch recht zahlreichen Besuch abstatten. Die Vorstellung wird voraussichtlich, da sich das ganze Bühnen-Personal mehr und mehr in die Oper eingelebt hat und sie mit Lust und Liebe spielt, eine höchst genußreiche werden. Ueberdies wird diese Vorstellung der „schönen Helena", wie wir hören, die letzte in dieser Saison sein und werden wir also nicht Gelegenheit haben, die Künstlerin noch später in dieser trefflichen Rolle zu sehen.

Z **Pyritz**, 26. Januar. Bei Gelegenheit eines Streites zwischen dem Knecht des hiesigen Posthalters und einem Füsilier erhielt letzterer von dem Knecht mit einer Mistgabel mehrfache Verletzungen. — In einem See des Dorfes Mellen ist ein außergewöhnlich großer und schwerer Wels gefangen worden. — Seit einiger Zeit treibt hier ein Dieb sein Gewerbe in der Weise, daß er den Postillonen die Pferdedecken stiehlt, während der Postwagen vor dem Postgebäude hält und der Postillon die Sachen in Empfang nimmt.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 27. Januar. Witterung: Thauwetter. Temperatur + 3 °. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen schwach behauptet, per 2125 Pfd. loco gelber märker, uckermärker und schlesischer 102—$107\frac{1}{2}$ Rt. bez., ungarischer 89—98 Rt. bez., bunter und weißer polnischer 98—108 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Januar $100\frac{1}{2}$ Rt. nom., Frühj. $102\frac{1}{2}$, 102, $102\frac{1}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Roggen etwas matter, pr. 2000 Pfd. loco 77—$77\frac{1}{2}$ Rt. bez., ungarischer 78—79 Rt. bez., Januar $79\frac{1}{4}$ Rt. Br., Frühj. 80, $79\frac{1}{2}$, $79\frac{3}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $79\frac{3}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli $78\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste pr. 1750 Pfd. loco ordinäre ungarische 49—50 Rt. bez., bessere do. und mährische 52—54 Rt. bez., Frühj. schles. 55 Rt. Br., $54\frac{1}{2}$ Rt. Gd., 69—70pfd. do. $55\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Hafer behauptet, per 1300 Pfd. loco 37, $37\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 39 Rt. bez.

Erbsen behauptet, per 2250 Pfd. loco 68—70 Rt. bez., Frühjahr Futter- $71\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Wicken loco 57—59 Rt. bez.

Mais ungarischer loco per 100 Pfd. $2\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Rüböl wenig verändert, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., Januar 10 Rt. bez. Januar-Februar do., Februar-März $10\frac{1}{12}$ Rt. Br., April-Mai $10\frac{1}{4}$ Rt. Gd., September-Oktober $10\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Spiritus etwas niedriger, loco ohne Faß $20\frac{1}{8}$ Rt. bez., Januar-Februar und Februar-März 20 Rt. Br., Frühjahr $20\frac{5}{12}$ Rt. bez. Mai-Juni $20\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen $100\frac{1}{2}$, Roggen $79\frac{1}{4}$, Rüböl 10, Spiritus 20.

**Stettin**, den 27 Januar.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hamburg ··· | 6 Tag. | $151\frac{3}{8}$ G | St. Börsenhaus-O. · | 4 | — |
| „ ··· | 2 Mt. | — | St. Schauspielh.-O. · | 5 | — |
| Amsterdam · | 8 Tag. | $143\frac{1}{4}$ G | Pom. Chausseeb.-O. | 5 | — |
| „ · | 2 Mt. | — | Used. Woll. Kreis-O. | 5 | — |
| London ···· | 10Tag. | 6 $24\frac{7}{8}$ B | Pr. National-V.-A. · | 4 | 119 B |
| „ ····· | 3 Mt. | — | Pr. See-Assecuranz | 4 | — |
| Paris ····· | 10 Tg. | $81\frac{5}{12}$ G | Pomerania ········ | 4 | 119 B |
| „ ····· | 2 Mt. | — | Union ··········· | 4 | 107 G |
| Bremen ··· | 3 Mt. | — | St. Speicher-A. ··· | 5 | — |
| St. Petersbg. | 3 Wch. | $93\frac{1}{4}$ G | Ver.-Speicher-A. ··· | 5 | — |
| Wien ······ | 8 Tag. | — | Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | 1000 B |
| „ ······ | 2 Mt. | — | N. St. Zuckersied. ·· | 4 | — |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. $4\frac{1}{2}$ % | Mesch. Zuckerfabrik | 4 | — |
| Sts.-Anl. 5457 | $4\frac{1}{2}$ | — | Bredower „ | 4 | — |
| „ „ | 5 | — | Walzmühle ······ | 5 | — |
| St.-Schldsch. | $3\frac{1}{2}$ | — | St. Portl.-Cementf. · | 4 | — |
| P. Präm.-Anl. | $3\frac{1}{2}$ | — | St. Dampfschlepp G. | 5 | — |
| Pomm. Pfdbr. | $3\frac{1}{2}$ | — | St. Dampfschiff-V. · | 5 | — |
| „ „ | 4 | — | Neue Dampfer-C. ·· | 4 | — |
| „ Rentenb. | 4 | — | Germania ······· | | 100 B |
| Ritt. P. P. B. A. | 4 | — | Vulkan ·········· | | 90 B |
| Berl.-St. E. A. | 4 | — | St. Dampfmühle ·· | 4 | 112 B |
| „ Prior. | 4 | — | Pommerensd. Ch. F. | 4 | — |
| „ „ | $4\frac{1}{2}$ | — | Chem. Fabrik-Ant. · | 4 | — |
| Starg.-P. E. A. | $4\frac{1}{2}$ | — | St. Kraftdünger-F. · | — | — |
| „ Prior. | 4 | — | Gemeinn. Bauges. ·· | 5 | — |
| St. Stadt-O. · | $4\frac{1}{2}$ | 94 B | | | |